Aus der Arbeit des Verwaltungsausschusses
Sitzung vom 07.02.2022

1. Haushaltssatzung 2022 - Anträge der Gemeinderatsfraktionen - Vorberatung

Nach der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2022 in der Gemeinderatssitzung am 13.12.2021 fand in der Gemeinderatssitzung am 24.01.2022 eine erste Aussprache zum Haushalt statt, in der von den Gemeinderatsfraktionen und -gruppierungen Stellung zum Haushaltsplanentwurf 2022 genommen wurde. Es wurden dabei verschiedene Anträge zum Haushalt 2022 eingebracht. Der Verwaltungsausschuss nahm bei dem nachfolgenden Antrag in seinem Zuständigkeitsbereich die Vorberatung vor und fasste folgende Beschlussempfehlung an den Gemeinderat:

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion: Chancengerechtigkeit - Aktiv gegen Kinderarmut: Beauftragung eines externen Dienstleiters in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Böblingen zur Vereinfachung (Digitalisierung) des Zugangs zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und der Erhöhung der Inanspruchnahme

Die Verwaltung erläuterte hierzu, sie teile den Wunsch der SPD-Fraktion, die Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch die Berechtigten zu erhöhen und damit bestehende Elemente im Kampf gegen Kinderarmut zu stärken. Zum jetzigen Zeitpunkt werden allerdings keine Sozialleistungen direkt über die Stadt Renningen gewährt, weswegen die Stadtverwaltung lediglich in beratender bzw. unterstützender Funktion (Sozialberatung) in den Prozess der Sozialhilfegewährung eingebunden ist. Bei den im Haushaltsantrag erwähnten Kommunen, die bereits *„gute Erfahrungen gemacht und die Inanspruchnahme auf mind. 60 Prozent“* steigern konnten, handelt es sich um Landkreise oder größere Kommunen mit eigener Sozialhilfe-Zuständigkeit. Die Stadt Renningen kann hier ohne eigene Zuständigkeit zwar Impulse geben, aber nicht eigenständig Entscheidungen im Hoheitsbereich des Landkreises treffen.

Die Verwaltung hat am 24.01.2022 in einem gemeinsamen Termin mit dem Landratsamt Böblingen und einer Firma, die sich auf die Digitalisierung von Prozessen im Bereich der Sozialhilfe spezialisiert hat, den Anstoß gegeben, auf Ebene des Landkreises mit allen in der Leistungsgewährung beteiligten Behörden und Stellen in den Dialog zu treten, wie eine gemeinsame digitalisierte Verfahrensunterstützung zu einer höheren Inanspruchnahme von Sozialleistungen beitragen könnte. In einem nächsten Schritt wird sich der Landkreis Böblingen mit anderen Landkreisen in Verbindung setzen, die bereits auf eine digitalisierte Verfahrensunterstützung zurückgreifen und positive Entwicklungen sowohl bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen als auch bei der Reduzierung von Verwaltungsaufwand bei den bearbeitenden Behörden und Stellen sehen. Anschließend wird eine interne Evaluierung von Seiten des Landratsamtes und eine Rückmeldung an die Stadt Renningen erfolgen, und die Verwaltung informiert im Arbeitskreis Chancengerechtigkeit über den aktuellen Sachstand.
Sollte sich der Landkreis für den Einstieg in die digitalisierte Verfahrensunterstützung entscheiden, sind organisatorische, rechtliche und nicht zuletzt finanzielle Fragestellungen zwischen den verschiedenen am Prozess der Sozialhilfegewährung Beteiligten sowie dem Kreistag und den kreisangehörigen Kommunen zu klären. Dabei spricht Vieles für eine solidarische Finanzierung über die Kreisumlage.
Die Verwaltung signalisiert gegenüber dem Landkreis, dass von Seiten der Stadt Renningen die grundsätzliche Bereitschaft besteht, sich auch an einem vorgeschalteten Pilotprojekt zu beteiligen.

Die Verwaltung konstatierte abschließend, es sei nicht davon auszugehen, dass bereits im Haushaltsjahr 2022 haushaltswirksame Ausgaben bei der Stadt Renningen entstehen werden. Ein Haushaltsansatz wie beantragt dürfte deshalb im laufenden Haushaltsjahr entbehrlich sein.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig Kenntnisnahme im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung.

2. Stärkung der örtlichen Gastronomie in der Stadt Renningen
- Entscheidung über Kürzung der Sondernutzungsgebühren 2022 für die Außenbewirtschaftung

Am 19.05.2021 entschied der Gemeinderat, die Sondernutzungsgebühren für die Außenbewirtschaftung im Jahr 2021 auszusetzen. In der Gastronomie entstand durch die coronabedingten Schließungen zuvor große finanzielle Not.

Die Hoffnung, dass der darauf folgende Sommer Erleichterung verschaffen würde und eine hohe Impfquote Besserung herbeiführt, hat sich jedoch durch häufiges schlechtes Wetter und weiterhin hohe Inzidenzen nicht erfüllt. Das Hotel- und Gastgewerbe ist durch die erlassenen Maßnahmen der Regierung wie Abstandsregelungen, 3G, 2G oder 2G+ Regelungen immer noch eine von der Corona-Krise am stärksten betroffenen Branchen. Es ist zu erwarten, dass diese Branche auch weiterhin durch Einschränkungen betroffen sein wird.

Finanziell bedingte Gastronomieschließungen sind daher auch weiterhin nicht auszuschließen. Daher schlug die Stadtverwaltung vor, auch im Jahr 2022 auf die Sondernutzungsgebühren für die Außenbewirtschaftung zu verzichten. Dies würde einerseits ein Zeichen für die Weiterexistenz der örtlichen Gastronomiebetriebe setzen und andererseits eine Maßnahme zum Erhalt eines guten gastronomischen Angebots für die gesamte Bevölkerung darstellen.
Darüber hinaus können die gastronomischen Betriebe wie im vergangenen Jahr mehr Fläche für ihre Außengastronomie in Anspruch nehmen.

Aus der Mitte des Verwaltungsausschusses wurde angeregt, dass auch die im Jahr 2021 gewährte Sperrzeitverkürzung für die örtliche Gastronomie wieder gewährt werden sollte.

Die Verwaltung führte hierzu aus, dies sei aus Sicht der Verwaltung unproblematisch möglich.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig folgende Beschlussfassung:
Der Gemeinderat beschließt, die Sondernutzungsgebühren für die Außenbewirtschaftung im Jahr 2022 auszusetzen.
Des Weiteren soll die im Jahr 2021 gewährte Verkürzung der Sperrzeit für die örtliche Gastronomie auch im Jahr 2022 wieder gewährt werden.

3. Verschiedenes/Bekanntgaben

1. Besetzung der Schulleiterstelle an der Friedrich-Schiller-Schule in Renningen
Bürgermeister Faißt informierte, das Staatliche Schulamt Böblingen habe mitgeteilt, dass Gemeinschaftsschulkonrektorin Brigitte Ohmenzetter mit Ablauf des 01.02.2022 ihre Tätigkeit als kommissarische Leiterin der Friedrich-Schiller-Schule in Renningen beendet hat.
Seit dem 02.02.2022 hat die Rektorin Frau Melanie Scheeff den Dienst an der Schule wieder aufgenommen.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis.**

2. Orkan Roxane
Bürgermeister Faißt berichtete, der Orkan Roxane am vergangenen Wochenende habe im Renninger Wald glücklicherweise keine größeren Schäden verursacht. Die Schadensmenge beträgt ca. 50 Festmeter. Alle Waldwege konnten rasch wieder frei gemacht werden.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis.**